

Justice, Baby! Der Podcast zu Recht und Gerechtigkeit

Transkript

Folge #4 KLIMA: Welche Rechte hat die Natur?

[O-Ton-Collage von Greta Thunberg]

"I am here to say, our house is on fire."

"At places like Davos, people like to tell success stories, but their financial success has come with an unthinkable price tag and on climate change, we have to acknowledge that we have failed."

"Yes, we are failing, but there is still time to turn everything around. We can still fix this. We still have everything in our own hands."

Anmoderation & Einführung ins Thema

Podcast-Host Kathrin Schön: Im Alter von 16 Jahren spricht Klimaschutz-Aktivistin Greta Thunberg beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Dort treffen sich jedes Jahr die Mächtigen der Welt. Mitten unter ihnen eine junge Frau, die ihnen den Spiegel vorhält.

Der wirtschaftliche Erfolg und Wohlstand vieler Länder ging und geht bis heute auf Kosten der Umwelt. Vielen Menschen ist aber immer noch nicht klar, wie nah wir vorm Kollaps stehen, meint Greta Thunberg, aber sie hat auch Hoffnung. Zwei Monate später organisiert sie und viele andere den ersten weltweiten Klimastreik - Fridays for Future ist geboren. Von da an gehen viele junge Menschen, aber auch Erwachsene, jeden Freitag für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit auf die Straße.

[fröhliches, Upbeat Intro ertönt und läuft im Hintergrund weiter]

Schön: Und damit Welcome Back zu „Justice, Baby! - dem Podcast zu Recht und Gerechtigkeit“! Ihr ahnt es schon, in dieser Folge, dreht sich alles um Klima und Gerechtigkeit. Deswegen steigen wir heute auch mit O-Tönen von Greta Thunberg ein, die uns das Weltwirtschaftsforum zur Verfügung gestellt hat. Den Link zu Gretas vollständiger Rede findet ihr in unserem Shownotes.

Dass es keinen Plan B für unsere Erde gibt, ist inzwischen den meisten klar geworden. Vielen Menschen gehen die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen aber nicht weit genug. Sie kleben sich auf Straßen, protestieren lautstark in deutschen Städten und Klagen sogar gegen die Regierung - mit Erfolg!

Aber wie ist der Schutz unserer Umwelt in Deutschland eigentlich rechtlich geregelt? Dazu müssen wir erstmal einen Blick in unser Grundgesetz werfen. In Artikel 20a heißt es, dass der Staat auch in Verantwortung für zukünftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht, durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung schützt. Das heißt, der Staat soll entsprechende Gesetze für den Umweltschutz erlassen. Und wenn die nicht eingehalten werden, das auch ahnden. Außerdem muss der Schutz der Natur auch bei Streitigkeiten vor Gericht berücksichtigt werden. Aso dort, wo Umweltschutz eben

eine Rolle spielt. So weit, so gut.

Allerdings hat die ganze Sache einen Haken, denn Umwelt und Naturschutz sind im Grundgesetz sogenannte Staatsziele. Und diese Staatsziele soll der Staat versuchen, mit einer wirksamen Strategie umzusetzen. Die Betonung liegt hier auf *versuchen*.

Denn einklagbar sind diese Staatsziele und die Rechte der Natur nämlich nicht. Genau gesehen hat sie nämlich gar keine, jedenfalls noch nicht. Dazu später mehr.

Wie man Natur und Umwelt schützen kann, das fragen sich übrigens nicht nur Klima-Aktivist:innen und Jurist:innen, sondern auch die Wissenschaft natürlich. Und genau all diese Perspektiven und Stimmen kommen in dieser Folge zu Wort.

Freut euch also auf eine spannende Folge von „Justice, Baby!“. Mein Name ist Kathrin Schön. Schön, dass ihr wieder dabei seid. Let's go.

[Intro blendet aus]

Wissenswertes zur Geschichte der Klimaforschung

Schön: Klimaschutz ist ein Riesenthema und das Engagement dafür hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Es gibt Initiativen wie die Letzte Generation, Extinction Rebellion, Fridays for Future, Scientists for Future und übrigens auch Lawyers for Future. Allen geht es darum, aktiv zu werden für den Schutz unserer Umwelt. Wenn man sich das aber mal so anschaut, dann könnte man meinen, dass wir gefühlt bis vor kurzem noch gar nicht wussten, wie klimaschädlich wir uns im globalen Norden verhalten. Dabei experimentieren und forschen Wissenschaftler:innen schon seit langem dazu, wie wir das Klima verändern. Wie lange, das hat sich meine Kollegin Andrea Wojtkowiak mal angeschaut.

[kurzer Jingle ertönt und ebbt ab]

Schön: Andrea, ich würde auf mindestens 60 Jahre Klimaforschung tippen.

Wojtkowiak: So um den Dreh hatte ich auch gedacht- saurer Regen in den 80er Jahren, die Grünen haben sich ja auch 1980 gegründet, also vielleicht so ein bisschen früher. Aber schon vor 200 Jahren hat man zum Beispiel den Treibhauseffekt entdeckt. Ohne den wäre es ja auf der Erde sehr kalt. Und um 1850 hat dann die Amerikanerin Eunice Foote mit Wasserdampf und Kohlendioxid experimentiert und festgestellt, dass CO₂ die Temperatur steigen lässt. Sie hat also die ersten Grundlagen schon so früh gelegt und danach hat man weitere Treibhausgase erkannt. Und in den 1930er Jahren wurde dann klar, dass wir Menschen dafür verantwortlich sind, dass es langsam, aber stetig wärmer wird. Es war also die erste Forschung dazu. Zu der Zeit war die Wissenschaft aber noch in zwei Lager geteilt. Die einen sagten, ja, der Mensch ist Schuld und die anderen, nö, das ist noch gar nicht so klar.

Schön: Ab wann wird es denn klarer? Also wann haben die Forschenden dann auch wirklich reagiert und die Politik gewarnt?

Wojtkowiak: Ja, also tatsächlich dachte man als erstes, dass sich das Klima erwärmt, ist was Gutes. Also besseres Klima, schöneres Wetter und 1940 hat dann der deutsche Meteorologe und Klimatologe Hermann Flohn sich mit der Klimaerwärmung beschäftigt. Und der war dann deutlich pessimistischer. Er war im Lager: „der Mensch sorgt für die Klimaerwärmung“. Und hat eben vor mehr als 80 Jahren jetzt gesagt, da muss was passieren. Und eindeutige Messdaten und Computertechnik in den 60er Jahren, bei denen dann schon so erste

Klimamodelle abgebildet wurden, die haben dann noch eindeutigere Ergebnisse gebracht. Und 1971 kam dann die erste große Warnung von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft.

Schön: Und ein paar Jahre später fand dann ja auch die erste Weltklimakonferenz in Genf statt. Ich glaube, das war 1979?

Wojtkowiak: Ja, genau richtig. Die fand allerdings noch ohne Politik statt. Also haben sich die Wissenschaftler getroffen. Die haben dann immer genauere Daten gehabt und waren besorgt. Und die erste Klimakonferenz war sozusagen der erste große offizielle Aufruf der Wissenschaft, mehr Klimaforschung zu ermöglichen. Ja, und dann ein paar Jahre später 1985 kam die erste deutliche Warnung: wenn es so weitergeht, steigt das Klima um mehrere Grad an und dann steigt der Meeresspiegel und das wird richtig gefährlich.

Schön: War das denn außerhalb der Wissenschaft auch in der Öffentlichkeit bekannt oder in der Politik?

Wojtkowiak: Ja, zurzeit fings gerade eben so an. 1986 zum Beispiel, hat der Spiegel getitelt: „Klimakatastrophe“. Und so langsam tut sich dann auch was in der Politik. Es werden Kommissionen gegründet, der Weltklimarat entsteht, die Vereinten Nationen beschließen die Klimarahmenkonvention und dann 1997 kommt das Kyoto Protokoll. Da haben sich ja die Industrienationen zum ersten Mal dazu verpflichtet, Treibhausgasemissionen zu senken. Und 10 Jahre später, nach weiterer Forschung, wird der Klimawandel sozusagen auch offiziell. Im Klimabericht 2007 steht drin, der Klimawandel gilt als eindeutig.

Schön: Das Wissen um den Klimawandel ist, dank der Forschung dazu, aber eigentlich nur die halbe Miete. Was es eben auch braucht, sind ja im Grunde konkrete, wirksame Maßnahmen und vor allem eine rechtliche Grundlage, um das Klima und die Umwelt, also unsere Lebensgrundlage, zu schützen. Und genau dafür gehen Menschen auf die Straße. Und vor Gericht. Denn, so das Credo der Aktivist:innen und vor allem der Wissenschaft, was wir tun, ist nicht genug, um den Klimawandel aufzuhalten.

[kurzer Jingle ertönt und ebbt ab]

Technologische Innovationen und soziale Experimente für den Klimaschutz - Interview mit Geograph Volker Stelzer von Scientists for Future

Schön: Das Problem beim Klimawandel und dem Naturschutz ist die Endlichkeit unserer natürlichen Ressourcen. Aber auch unser Umgang damit.

Aber genau den kann man ändern, mit juristischen Werkzeugen, technologischen Innovationen und sozialen Experimenten. Über die letzten beiden Punkte spreche ich jetzt mit Dr. Volker Stelzer. Er ist promovierter Geograph und arbeitet am Institut für Technikfolgenabschätzung am KIT an einem ganz besonderen Projekt, und zwar am „Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel“. Was er dort genau macht und was das mit Klimagerechtigkeit zu tun hat, darüber sprechen wir gleich. Volker Stelzer ist aber auch Mitglied bei Scientists for Future und Co-Leiter der Karlsruher Regionalgruppe. Scientist for Future unterstützen mit wissenschaftlichen Daten, Fakten und Zahlen die Klimaaktivist:innen von Fridays for Future.

Wir haben uns auf das „du“ geeinigt, hallo Volker und schön, dass du da bist!

Stelzer: Hallo Kathrin, schön, dass ich hier sein darf!

Schön: Volker, was ist für dich gerecht?

Stelzer: Ja, also Gerechtigkeit und gerecht ist ja ein sehr vielschichtiger Begriff und das kann ganz unterschiedlichen Kontexten ganz unterschiedlich angebracht sein. Also diese Leistungsgerechtigkeit, also dass man dem das zuschreibt, möglichst viel, also der möglichst viel leistet. Es gibt eine Verteilungsgerechtigkeit, es gibt eine Gerechtigkeit...- Gleichberechtigung, dass alle das Gleiche bekommen sollen, es gibt eine Gerechtigkeit, die sich an Bedürfnissen orientiert, dass jeder das bekommt, was seinen Bedarf ist. Und so denke ich mal, dass die unterschiedlichen Begriffe in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Funktionen und auch ihre Berechtigung haben.

Für mich ist der wichtigste Gerechtigkeitsbegriff, wenn ich den anwende, derjenige, der darum geht, dass jeder Mensch sein Grundbedürfnis befriedigen können sollte. Dass es die Möglichkeit gibt, für jeden Menschen sein Grundbedürfnis zu befriedigen. Diese Gerechtigkeit, das finde ich eigentlich das Allerwichtigste.

Schön: Wie definierst du als Geograph und Geowissenschaftler denn eigentlich Klimagerechtigkeit?

Stelzer: Ja, also Klimagerechtigkeit hat zwei verschiedene Facetten. Einmal ist es ja so, dass durch die Klimaerwärmung, die durch den Menschen verursacht wird, dass die große Schäden hervorruft, Sachschäden, aber auch Personenschäden und Tote und Verletzte. Wenn man an Pakistan denkt, wenn wir an Ostafrika denken, wenn wir ans Ahrtal denken, da sind viele Menschen gestorben. Und das war in dem Sinne ungerecht, wenn man jetzt von Verursachung und Zuschreibungen von Folgen als gerecht spricht. Weil viele dieser Menschen haben gar nicht so viel zu diesem ganz konkreten Ereignis dazu getan und vor allen Dingen in Pakistan und Ostafrika nicht. Weil diese Menschen nämlich zu dieser Klimaerwärmung, die einen ganz, ganz großen Anteil an diesen Katastrophen hatte, ganz wenig beigetragen haben. Weil es ja so ist, dass wir auf der Welt einen großen Unterschied haben. Pro Kopf wieviel Menschen an der Erzeugung oder der Verursachung der Klimakrise Anteil haben, dann ist es so, dass wir von den Industriestaaten und den arabischen Staaten zum Beispiel in USA sehr viel mehr Anteil haben als zum Beispiel in Entwicklungsländern. Also wenn ich bedenke, dass wir in Deutschland so 10 Tonnen pro Kopf pro Jahr emittieren an CO₂ und in Bangladesch 0,7 pro Kopf, dann ist das ein Riesenunterschied. Das ist nur der aktuelle Beitrag. Auch in der Vergangenheit haben wir unseren Wohlstand eigentlich dadurch aufgebaut, dass wir ganz, ganz viel emittiert haben, nämlich seit der industriellen Revolution. Und gerade die Industrieländer, die haben ihre ganzen Gebäude aufbauen können, ihre Infrastruktur und ihren Wert schaffen können, den Reichtum, auch, dass unsere Kinder das jetzt so gut haben, aber mit vielen CO₂-Emissionen, die jetzt immer noch dazu beitragen, dass diese Katastrophen passieren und Menschen von allen Dingen geschädigt werden, die ganz wenig bisher dazu beigetragen haben.

Schön: Das ist ja ein riesiges Dilemma, wenn man einerseits allen Menschen ein gewisses Leben in Wohlstand ermöglichen will, das dann aber bedeutet, dass dafür erst wieder natürliche Ressourcen verbraucht werden müssen, während man in den industriell entwickelten

Teilen der Welt eigentlich Emissionen einsparen muss. Wie kann die Wissenschaft hier helfen? Und sind technische Innovationen jetzt die Lösung?

Stelzer: Was die Wissenschaft dazu beitragen kann, das ist schon einiges. Denn jetzt diese Zahlen, die ich gerade genannt habe, ja doch dann sehr eindrücklich sind, auf denen man dann aufbauend auch eine Argumentation und auch juristische Argumentation aufbauen könnte, die mussten von der Wissenschaft erstmal erhoben werden, sonst wäre es nämlich ein Bauchgefühl. Man kann aber auch vor allen Dingen an den Lösungen arbeiten und da ist eben Wissenschaft sehr wichtig.

Ich arbeite hier am KIT, ich bin da Wissenschaftler und das ist eben so ein Punkt, wo man sowohl an den technischen Lösungen arbeitet und aber auch an den gesellschaftlichen Lösungen, um genau in diese neue Welt zu kommen, die mit deutlich weniger Ressourcen auskommen kann, als das heute der Fall.

Schön: Du bist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Technikfolgenabschätzung am KIT. Du arbeitest auch in der Fachgruppe des „Karlsruher Transformationszentrums für Nachhaltigkeit und Kulturwandel“. Das sind super klingende Titel, aber was genau wird dort eigentlich erforscht?

Stelzer: Also bei dem KAT, dem „Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel“, da beschäftigen wir uns damit, dass es einerseits technische Lösungen schon geben muss, dass wir die brauchen. Aber dass sie nur dann eigentlich ihre Wirkung entfalten können, wenn sie in der Gesellschaft auch genutzt werden. Und eigentlich dieser Gesellschaftsaspekt, der ist uns sehr, sehr wichtig.

Wir betreiben seit 2014 ein Reallabor zum Beispiel in Karlsruhe. Da haben wir als Wissenschaftler umgesetzt, dass wir uns überlegt haben, na ja, wir sagen immer, dass wir so für die Gesellschaft forschen und was machen für die Gesellschaft, aber na ja, was nützt denen eigentlich das? Kann ich als Wissenschaftler das eigentlich wirklich definieren, oder muss ich mich, um das zu wissen, was die, was eigentlich da notwendig ist, muss ich nicht wirklich mit der Gesellschaft in Kommunikation treten? Und wir haben dann Gelder eingeworben, haben dann einen Stadtteil ausgeguckt, die Karlsruher Oststadt und haben dann auch zum Beispiel ein Ladenlokal angemietet, das umgebaut, mit Arbeitslosen zum Beispiel und mit sehr einfachen Mitteln, seit 2014. Und haben jetzt dieses Reallabor da und haben Teil unserer Forschung und sind damit der Gesellschaft in Kontakt, mit dem Austausch und versuchen Lösungen anzubieten und zu entwickeln, die wirklich an der Basis auch ankommen.

Schön: Was für Lösungen sind das denn zum Beispiel oder was für Fragestellungen besprechen ihr mit den Menschen, die in euer Ladenlokal kommen?

Stelzer: Zum Beispiel war eine Geschichte von Anfang an, dass wir mitgekriegt hatten, dass es in Deutschland sowas gibt wie Lastenräder. Es gab es hier in Karlsruhe praktisch noch nicht. Ganz alte, so Hollandräder, aber eigentlich gab es das nicht. Und das haben wir mitbekommen und dann haben wir Lastenräder angeschafft und die der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Und plötzlich, also es ist wirklich ein richtiger Run gewesen, die zu nutzen. Oder Repair-Café, als wir anfangen gab es das nicht in Karlsruhe und Umgebung. Und dann habe wir Menschen ausfindig gemacht, die gerne reparieren, und in den ersten Repair-Cafés haben sich dann die Termine bei uns in dem Ladenlokal abgespielt. Ich weiß gar nicht mehr,

alle zwei, drei Monate und dann kamen immer mehr Leute und dann diese Menschen, die gerne reparieren, die fand das sehr spannend, haben sich zusammengetan. Haben dann einen Verein gegründet und sind mittlerweile ganz woanders und sind selbstständig. Und ich weiß nicht, gibt es jetzt drei oder vier Repair-Café-Vereine in Karlsruhe.

Ein anderes Beispiel ist zum Beispiel das von Balkon-Solarmodule, das war ja auch sehr wenig verbreitet bisher. Und dann haben wir 22 Haushalten, hier in Karlsruhe bei Balkon-Solarmodule zur Verfügung gestellt und haben erforscht, was macht das mit denen eigentlich, verändern sie jetzt ihr Leben zum Beispiel? Oder werden die zu Stromverschwender? Weil einfach, ich hab meinen Strom aus der Sonne und kann das ruhig verbrauchen oder so. Und dann gucken, auch so gruppensdynamische Prozesse, die sich bilden, also hat sich da so eine Gemeinschaft...- da hat sich echt eine Gemeinschaft gebildet von Menschen, die sich überhaupt nicht kannten vorher, die waren zufällig ausgewählt und haben jetzt so eine Gemeinschaft gebildet. All solche spannenden Projekte versuchen wirklich in der Gesellschaft zu wirken, das ist so unser Forschungsbereich.

Schön: Es gibt nachhaltige Mode und Lebensmittel, es gibt nachhaltige Finanzprodukte, sogar nachhaltiges Bauen. Und was mir dabei auffällt, ist, dass es dabei nicht so wirklich eine klare Definition von Nachhaltigkeit gibt. Also jeder schmückt sich mit diesem Label. Kann man Nachhaltigkeit tatsächlich messen und konkret beschreiben? Und wäre das überhaupt sinnvoll? Wie siehst du das?

Stelzer: Also mit Nachhaltigkeit beschäftigen wir uns schon sehr lange am Institut. So zu leben in der heutigen Zeit und die Bedürfnisse zu befriedigen, ohne die Bedürfnisse der zukünftigen Generationen zu beschneiden. Das ist so eine Grunddefinition. Positiv zu sehen ist, dass der Begriff übernommen wird und wir nicht einfach in einer, na ja, einer Welt leben, die überhaupt nicht mal versucht daran anzudocken. Das könnte man jetzt als Minimum schon mal als positiv sehen. Sehe ich auch so. Und es wird auch viel, ich sag mal, schon auch Schindluder damit getrieben. Aber es gibt auch schon positive Entwicklungen in dem Bereich Nachhaltigkeit. Und es gibt auch gute Strömungen dabei. Und jetzt mit dem Messen - es gibt ja nicht ein Indikatorensystem, was man überall anwenden kann. Dass man jetzt die 20 Indikatoren nimmt und die eine Methodik und dann misst man wegen, ob du oder ich uns nachhaltig verhalten oder ob Karlsruhe nachhaltig ist, ob das Industrieunternehmen nachhaltig ist oder so für alle Einsatzgebiete. Sondern wir sagen, wir haben ja dieses IKONE, dieses integrative Konzept nachhaltiger Entwicklung, aber eigentlich muss das immer kontextualisieren, in seinen Kontext stellen. Und auch wenn ich in Bangladesch bin, in den USA bin oder in Nepal oder in Deutschland, muss man wieder anders das ganze zusammenfassen. Und da kann man dann schon Nachhaltigkeit, auf gewisse Art und Weise, messen. Und ich halte das schon für sinnvoll, weil wenn wir alle Menschen wären, die ja so ein Urgefühl für Gut und Böse hätten und das auch wirklich das so ausgeprägt wäre, dass das eben das wirklich handlungsleitend ist, dann bräuchten wir das nicht. Aber leider, wenn wir uns umschauen, ist die Welt so nicht. Wir sind nicht alles Engel und ich glaube, dass es den meisten Menschen hilft, wenn sie dann entweder Zahlenwerte oder Bilder oder Erzählungen haben von etwas, was vielleicht schlechter und was besser ist, um dann sich zu orientieren, was ihnen Orientierung gibt.

Schön: Also in der Debatte um das Aufhalten vom Klimawandel, ist immer wieder die Rede von individuellen und strukturellen Maßnahmen. Kann man den Klimawandel denn mit technischen Innovationen entschleunigen oder gar stoppen?

Stelzer: Ja, also ich bin der festen Überzeugung, dass wir die technischen Produkte brauchen. Ich glaube, wir werden den Klimawandel nicht aufhalten, ohne das. Weil wir eben bestimmten Wohlstand haben, an bestimmte Dinge uns gewöhnt haben. Und wenn wir jetzt versuchen würden, ich sag mal, wenn man plötzlich eine Öko-Diktatur errichten würde, die sagt, nee, es werden alle sehr energieverbrauchende Produkte verbannt, verboten, aus dem Verkehr gezogen und alle Produkte, die irgendwie Emissionen hervorrufen, dann würden wir einen Aufstand in der Bevölkerung haben. Und dann würden Kräfte drankommen, die genau das Gegenteil wollen, weil das viele Menschen überfordern würde und im Endeffekt das Gegenteil erreichen. Weil sich dann andere Kräfte durchsetzen würden, die dann da gar nicht mehr drauf achten würden. Von daher bin ich fest davon überzeugt, dass wir diese anderen Lösungen brauchen.

Aber ich bin auch davon überzeugt, eigentlich haben wir fast alles, was wir brauchen an Produkten, um die Klimakrise zu bewältigen. Natürlich muss man irgendwie ein bisschen effizienter werden, bisschen kostengünstiger und so weiter. Wir haben die Windenergieanlagen, die Solaranlage, wir haben die Speicher, wir haben eigentlich alle technischen Artefakte prinzipiell, die nötig sind, die können wir herstellen, wir haben die verbreiteten Fabriken, die Technologien und so weiter. Und eigentlich haben wir auch das Geld.

Also wenn ich bedenke, wieviel Geld bei der Finanzkrise plötzlich da war. Für mich, ich bin jetzt kein Ökonom, aber für mich eigentlich irgendwie gefühlt, wie aus dem Nichts war plötzlich das Geld da, um die Banken zu retten, wenn ich bedenke, was bei Corona plötzlich da war. Also Geld ist prinzipiell auch da.

So, von daher haben wir die Möglichkeit, die technischen Möglichkeiten haben wir. Aber es ist so, es geht jetzt darum, die Bevölkerung mitzunehmen und dass sie eben auch kaufen wollen. Und zum Beispiel mit den Elektroautos als die Bundesregierung gesagt hatte sie wollte bis Januar 2020 eine Million Elektroautos haben. Tesla hatte bewiesen, dass es geht, dass sie auch ihre Reichweiten haben, dass die Geschwindigkeit und den Komfort haben. Andere Hersteller haben nachgezogen. Trotzdem, ich weiß nicht genau, wir haben, glaube ich 2020 200.000 oder sowas gehabt, also bei weitem nicht erfüllt. Die Bevölkerung hat nicht mitgemacht. Die Regierung wollte es, es gab die technischen Möglichkeiten und es gab das Geld, es funktioniert hier nicht. Das ist so ein plakatives Beispiel, wo die Gesellschaft eben dann nicht mitgemacht hat. Oder auch mit der Energiewende. Gerade die jetzige Regierung, das sind ja Parteien auch da vertreten, die das wirklich sehr gerne und sehr schnell wollen. Aber man merkt so schnell geht es nicht einfach. Und wir müssen die Gesellschaft mitnehmen und das ist das, was wir beim ITAS oder beim KAT eben erforschen, wie man das möglich machen kann.

Schön: Jetzt ist Energie, glaube ich, der Dreh- und Angelpunkt oder einer der zentralen Dreh- und Angelpunkte der Klimawende, weil unser Alltag einfach Energie kostet. Also ich meine selbst hier irgendwie unsere Mikrofone, mit denen wir diesen Podcast auszeichnen, die funktionieren ja nicht irgendwie einfach von selbst, sondern brauchen Strom. Wie sieht die Energiegewinnung der Zukunft aus? Denn dazu forschst du ja auch am KAT und am KIT.

Stelzer: Also das ist genau mein Spezialgebiet. Man kann ungefähr an 60 verschiedenen Aspekten klarmachen, wo sich die neue Energiewelt und die alte Energiewelt unterscheiden werden. Und wir gehen auf diese neue Energiewelt, da läuft es darauf hinaus, die wird eintreten. Also das ist gar nicht mehr...- für mich ist es nicht die Frage des Ob. Das ist nicht die Frage des Ob. Es ist die Frage des Wann und des wie schnell. Wir haben einen Wettlauf. Der Klimawandel verstärkt sich, die Klimaerwärmung verstärkt sich und da haben wir immer mehr Schäden und schaffen wir es eben rechtzeitig, bevor bestimmte Tipping Points und Punkte erreicht sind, zu dieser neue Energiewelt hinzukommen, die wir dann brauchen. Und die aber so logisch ist, weil im Endeffekt ist es...-, das ist fast ein bisschen trivial, aber der Wind stellt keine Rechnung, die Sonne stellt keine Rechnung, es gibt so viel Energiepotentiale in der Umgebung, im Untergrund, Geothermie und so weiter. Da ist es mehr ein demokratischer Prozess. Und da bin ich aber auch sicher, da wird es nicht die eine Lösung geben, da werden unterschiedliche Staaten unterschiedliche Lösungswege gehen, mehr über Wasserstoff, weniger Wasserstoff, solche Dinge. Da haben wir eine Varianz drin. Aber eben diese Basis auf den Erneuerbaren, da führt für mich kein Weg daran vorbei.

Schön: Könnten neue Gesetze für diese Energiewende denn sowas wie Innovationstreiber sein? Zum Beispiel indem natürliche Ressourcen besser geschützt werden oder die Natur eigene subjektive Rechte bekommt.

Stelzer: Nirgendwo steht, dass die Natur ein Eigenrecht hat. Und wo ist Natur, wo fängt Natur an, wo hört sie auf? Es geht immer um den Nutzen für den Menschen und wenn man den weit fasst um die Nutzungseinschränkungen für den Menschen, dass das zu berücksichtigen ist. Ich glaube, dann kommt man auch sehr, sehr weit, ohne eben in diesem Konflikt zu gehen, was nimmt man denn als schutzwürdig? Ich weiß nicht...- der Braunkohleflöz, also da hab ich wirklich große Schwierigkeiten, der lebt nicht mehr, der hat mal gelebt, der lebt nicht mehr, was soll daran schützenswert sein? Auch Tiere schaffen sich zum Teil ihre eigenen Lebensräume, unterstützen das wie sie überleben können. Und wenn man das mal so sieht, wir werden auch immer mit Entnahmen von der Natur leben müssen und auch, dass wir Abfallstoffe produzieren, das gehört zu unserem Leben dazu. Und das finde ich auch, glaube ich schon, dass das legitim ist, als Mensch, als Art betrachtet, Natur zu nutzen und auch zu verändern. Weil jetzt wiederum, wenn wir unsere eigenen Lebensgrundlagen aber dadurch verändern und für viele, viele Menschen und darüber argumentiert, finde ich, muss man auch dahin kommen, dass man solche Entschädigungszahlungen macht, dass man jetzt stopp sagt zu bestimmten Dingen, die Mensch nicht einfach verändern darf, einfach aus diesem Nutzenkalkül.

Schön: Wie stellst du dir denn eine nachhaltige Zukunft vor? Und was braucht es dafür an Rahmenbedingungen im menschlichen Zusammenleben und auch im Zusammenleben mit einer Natur, die wir nicht aufbrauchen dürfen?

Stelzer: Es braucht mehr Liebe, es braucht mehr Achtsamkeit, es braucht mehr Wertschätzung für andere Individuen, für andere Menschen. Ich glaube, wenn man das wirklich verankern würde, dann wäre damit ganz, ganz viel mit gewonnen. Weil dann würden auch Menschen, die wissen, dass sie die Umwelt zerstören, dass sie unsere Lebensgrundlagen zerstören, eben anders handeln.

Also ein Beispiel ist ja Exxon. Da hat man jetzt rausgefunden, da ist was veröffentlicht

worden, dass die schon in den 70er Jahren eigentlich genau wussten, wie der Klimawandel vorstättengeht und wie sie mit ihren Emissionen, die sie durch ihre Erdölprodukte, die sie verkaufen, hervorrufen, die zur Klimaerwärmung beitragen. Und hätten die Manager...- wenn die jetzt viel empathischer wären, dann hätten sie anders gehandelt. Das ist so ein bisschen ähnlich wie ich sagte: „Wir sind nicht alles Engel“. Und das ist eben nicht einfach umsetzbar und nicht schnell zu erreichen, das werden nicht schöne Utopie, dass wir, da, sollte ich weiterkommen in diesem Bereich, aber es wäre schon viel geholfen, wenn es eben zum Beispiel mutige Regierungen gibt, die Entscheidungen treffen, wo eben auch mal diese Strukturen, die, wie ich eben mal versucht habe, auszuführen, die Macht haben, die sehr viel Geld verdienen an der alten Welt, der Welt, die das Risiko eingeht, dass wir eben die Klimaerwärmung unterstützen, die auch in ihren Rechten zu beschneiden, auch mal mit Verboten zu arbeiten. Also wir brauchen dann eine mutige Politik, um eben dann die rechtlichen Normen, genau die rechtlichen Normen, umgesetzt zu werden, was uns dann helfen kann. Also das ist ganz, ganz wichtig, also ohne die rechtlichen Normen geht es, glaube ich nicht. Also ich glaube, das ist fundamental, dass sich da was tut auf diesem Gebiet.

Schön: Vielen Dank für das Gespräch.

Stelzer: Vielen Dank, Kathrin.

Rechtliche Grundlagen für den Umweltschutz - Interview mit den Rechtswissenschaftlerinnen Greta Reeh und Kate McKenzie

Schön: Ihr habt es eben gehört, Volker Stelzer hat eine klare Haltung zum Thema eigene Rechte für die Natur. Erstmals sollte der Spielraum, der jetzt schon rechtlich abgesteckt ist, genutzt werden, bevor wir neue rechtliche Grundlagen für den Umweltschutz schaffen. Aber wie genau sieht dieser Spielraum eigentlich aus? Darüber spreche ich jetzt mit zwei Expertinnen für internationales Klimarecht, Greta Reeh und Kate McKenzie. Beide sind Rechtswissenschaftlerinnen beim Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität, kurz IKEM. Greta leitet dort einen Bereich der Forschungsakademie und Kate ist die Geschäftsführerin des Instituts. Sie forscht unter anderem über staatliche Verantwortung und Sorgfaltspflicht im Kontext des Klimawandels.

[kurzer Jingle ertönt und ebbt ab]

Schön: Hallo Kate, hallo Greta. Schön, dass ihr da seid.

Beide: Hallo Katrin!

Schön: In der heutigen Folge von „Justice, Baby!“ geht es um Klima und Gerechtigkeit. Aber zuerst die Frage, die wir all unseren Gästen zu Beginn stellen: Was ist für euch ganz persönlich gerecht?

Reeh: [lacht] Wow, also...

McKenzie: [lacht] Das ist eine gute Frage gleich am Anfang. Eine ganz heftige Frage. Greta möchtest du anfangen?

Reeh: Also ich glaube, das ist gerade für Jurist:innen eine sehr schwierige Frage, weil uns das so abgewöhnt wird. Also wenn ich zurück denke an meine ersten Jura-Vorlesungen, also da

hört man eigentlich täglich: „Sie hören hier nichts zu Gerechtigkeit und denken Sie nicht, dass Sie Gerechtigkeit studieren. Sie studieren Recht, das ist was ganz anderes!“ Und ich glaube, Gerechtigkeit ist ein bisschen der moralische Gegenspieler zu dem, was wir machen. Also Recht ist ganz oft eine neutrale Ordnung, die unemotional ist und die versucht, auch überdauern zu können, auch moralische und sonstige gesellschaftliche Vorstellungen überdauern zu können. Und Gerechtigkeit ist oft was Momentaneres, aber eben auch was viel Weicheres, was viel mehr auf Einzelfälle eingehen kann. Und was vielleicht ein bisschen Herz braucht, im Gegensatz zum Recht.

McKenzie: Da würde ich hinzufügen, für mich ganz persönlich, Gerechtigkeit hat sehr viel auch mit dem Gefühl zu tun. Und mit der mit der eigenen Moral und den eigenen, der eigenen ethischen Grundfassungen auch von einer Person selbst. Also, ich habe zum Beispiel nicht in Deutschland studiert, ich habe in Amerika studiert. Und da hatte ich ein bisschen anderes, eine andere Erfahrung. Weil da ging es eher um ja, *Justice* eben in vielen Fächern im Jura Studium. Ich bin in Deutschland aufgewachsen und habe mich in den späten 80er und frühen 90er Jahren sehr, sehr viel auch hier eingesetzt für Gerechtigkeit. Da ging es natürlich um ganz viele verschiedene Sachen, da ging es um Krieg im Irak und um die Apartheid, die Anti-Apartheid-Bewegung, was Südafrika angeht, aber da ging es ja auch immer um Gerechtigkeit. Und daher kam für mich immer das Gefühl, dass Recht mit Gerechtigkeit nicht immer alles zu tun hat. Und Recht ist auch nicht immer richtig. Und die Gerechtigkeit ist oft außerhalb des Rechtes und das hat wirklich sehr viel mit Gefühl und mit der Moral zu tun.

Schön: Jetzt geht es heute in der Folge ja um *Climate Justice* beziehungsweise Klimagerechtigkeit. Und der Begriff ist seit Jahren ein Thema, das weltweit diskutiert wird. Jetzt habt ihr beide gesagt, dass Gerechtigkeit und Recht eigentlich nicht zusammengehören, aber was wäre denn trotzdem in Bezug aufs Klima gerecht? Denn immerhin gibt es diesen Begriff ja.

McKenzie: Ja, den Begriff gibt es besonders im deutschsprachigen Bereich, gibt es diesen Begriff seit Mitte 2006 oder 7, glaube ich. Der kam..., also die Bewegung, die *Climate Justice* Bewegung kam so wie wir sie jetzt kennen, aus Amerika, aus den USA. Und zwar ein bisschen aus der ursprünglichen Umweltgerechtigkeit, *Environmental Justice*, kam davor und da geht es..., also im globalen Rahmen bei Klimagerechtigkeit, geht es darum, dass die Chancen und die Auswirkungen vom Klimawandel gerecht gespürt und entgegengenommen werden sollten, so im globalen Bereich.

Schön: Also das heißt, wer das Klima besonders, ich will nicht sagen, fordert, aber besonders belastet, sollte mehr Verantwortung für die Konsequenzen dieser Belastung nehmen. Verstehe ich das richtig?

McKenzie: Ja, so ist das gedacht und so ist es ja aber nicht.

Schön: Das bringt mich zu meiner nächsten Frage. Welche Interessen stehen sich bei dem Thema Klimagerechtigkeit gegenüber? Das eine sind ja diese Verantwortungsfragen, aber da gibt es ja auch noch ganz andere Zutaten in diesem großen Cocktail.

Reeh: Ja, da gibt es ganz viele. Aber beim Klima geht es halt nicht nur um Klimarecht, da geht es halt auch um die Wirtschaft und da geht es auch wirklich um alles was das Leben angeht,

da geht es ums Überleben, vor allem auch in vielen Ländern und Situationen, und da kann man eigentlich gar nichts ausschließen.

Schön: Also Fragen im Grunde von sozialer Gerechtigkeit bis hin zu Generationengerechtigkeit und dem legitimen Interesse zu wirtschaften für die aktuelle Generation.

McKenzie: In den USA ging es hauptsächlich um rassistische und um sozial ungerechte Situationen, die das in Umweltrecht, hauptsächlich aber dann ins Klima umgewandelt sind. In Deutschland konkret also da ist ja die intergenerationelle Gerechtigkeit ganz, ganz groß. Weil ja die jüngsten Generationen, die ja wirklich nichts zum Klimawandel beigetragen haben, müssen, das ja dann ausbaden. Und das ist in Deutschland wirklich ein großes Thema, wenn es um Klimagerechtigkeit geht. Aber da hat Greta bestimmt auch noch was zu sagen.

Reeh: Ja, also nochmal zurück zu deiner Frage, Kathrin, was steht sich da gegenüber, welche Interessen? Das wird ja immer krasser. Also wenn ich eben vor 30 Jahren noch sagen konnte, es geht hier darum, dass bestimmte Minderheiten einen anderen Zugang zu Freiheiten haben und auch zu wirtschaftlichen Freiheiten als andere Gruppen, wenn es darum ging, dass bestimmte Industriestaaten quasi schon Limits erreicht haben und quasi was aufgebraucht haben, was andere Staaten jetzt nicht mehr entwickeln können, dann sind das ja ganz andere Dimensionen, als wenn ich heute, wie Kate gerade gesagt hat, es ausbaden muss. Wenn sich Leute in unserer Generation nicht trauen, Kinder zu bekommen, weil sie glauben, dass deren Leben auch in Deutschland nicht mehr lebenswert ist. Und wenn es eben Staaten gibt, die gerade im Meer versinken, also wo niemand mehr leben kann, dann stehen sich natürlich viel krassere und einfach alle Interessen da gegenüber.

Schön: Das heißt, wir haben, wenn es um das Klima geht und den Naturschutz, eigentlich genau zwei Themen. Das eine ist der Schutz der Ressourcen und das andere ist der Umgang mit den Konsequenzen von verpasstem Schutz der Ressourcen. Wie ist es denn in Deutschland genau geregelt? Sind Regierungen, jetzt in Deutschland, verpflichtet, das Klima zu schützen und wie ist das im internationalen Vergleich?

Reeh: Also ich fang mal mit dem deutschen Recht an. Also wenn jetzt das deutsche Recht im luftleeren Raum stehen würde, was ja auch nicht so ist, wir sind völkerrechtlich gebunden und dazu daraus ergeben sich dann natürlich wieder andere, auch nur deutsche Pflicht, aber mal angenommen, wir hätten nur das deutsche Recht, dann ist es so, dass wir diesen Artikel 20a, den du schon angesprochen hast, erst seit Mitte der 90er Jahre haben. Der eben ganz eindeutig sagt, welche Vorstellungen der deutsche Staat davon hat, welche Staatszielbestimmungen wir haben, nämlich dass der Erhalt dessen, was wir haben und der Schutz uns wichtig ist und wir den anstreben. Es ist aber durchaus auch so, dass der deutsche Staat schon davor der Meinung war, dass Umwelt und Naturschutz und Ressourcenschutz Teil der staatlichen Aufgabe sind.

Was besonders ist in Deutschland, ist, dass wir im Grundgesetz so eine klare Staatszielbestimmung haben. Auch interessant also in der Entstehung zum Beispiel der Artikel ist, glaube ich, von 1994, damals stand durchaus auch zur Debatte, ob man stattdessen ein Grundrecht einführt, ein weiteres. Also statt dem heutigen Artikel 20a sagt, wir haben ein Recht auf gesunde Umwelt, dass du und ich einklagen können, das ähnlich funktioniert wie zum Beispiel

ein Grundrecht auf Eigentum. Da hat man sich dagegen entschieden, weil das schien dann doch mit zu viel staatlichen Pflichten einherzugehen.

Schön: Kate, du kennst den internationalen Vergleich durch deine Arbeit und dein Forschen in den USA. Ist es in anderen Ländern ähnlich geregelt wie in Deutschland?

McKenzie: Ja, also das ist eine... Also durch internationales Recht und besonders das Pariser Abkommen haben also alle Länder jetzt die Pflicht im Land selbst den Klimaschutz rechtlich zu regeln. Und das macht Deutschland natürlich auch und das machen die meisten Länder. Jetzt ist die Frage, geht das weit genug? Und da kommen wir dann zu den Klimastreitigkeiten und Klimaklagen. Und da sehen wir jetzt natürlich weltweit, dass die Klima...- die Zahlen von Klimaklagen, besonders Klimaklagen, wo der Staat verklagt wird, selbst von den eigenen Einwohnern, weil der Klimaschutz nicht weit genug geht rechtlich davon, also diese Klimaklagen - da sehen wir relativ viele mittlerweile, auch in Deutschland. Und die Veränderung ist jetzt seit 2015, also seit dem Pariser Abkommen, wo alle Länder sich dazu verpflichtet haben, dass es in den Ländern selbst zu mehr und mehr Klimaklagen kommt. Nicht nur gegen den Staat, sondern alle möglichen verschiedenen Klimaklagen. Im Grunde kann man so sagen, also Klimaklagen, die so vor Gericht gehen auch zum großen Teil, sind Klagen...- können alle möglichen rechtlichen Grundlagen haben, aber wenn es einen Link zum Klima gibt, hier in Deutschland, der rechtlich auch hervorgerufen werden kann, dann kann man das eine Klimaklage nennen und davon gibt es in Deutschland natürlich mittlerweile auch relativ viele.

Schön: Klimaklagen sind eine Art die Regierung an ihr Kommittent zum Naturschutz zu erinnern. Wir leben aber, Gott sei Dank, in einem demokratischen Rechtsstaat und man kann ja auch über Wahlen und zivilgesellschaftliches Engagement Einfluss auf die Umsetzung des Umweltschutzes nehmen.

Reeh: Seit Gemälde beworfen wurden mit Essen, gerade in Deutschland haben wir eine Debatte, bei der es wirkt, als wäre der gesamte Kontext Klima, das erste Mal, dass sich die Zivilgesellschaft zu irgendetwas äußert. Und das ist schon teilweise sehr irritierend. [schmunzelt] Also natürlich haben wir alle als Bürger:innen nicht nur die Möglichkeit, mit unseren parlamentarischen Wahlen zu beeinflussen, wer Klimaschutz zukünftig durchsetzt, sondern natürlich haben wir dazwischen vor allem die Möglichkeit, von unserer Meinungsfreiheit und von unserer Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen und eben laut draußen zu sagen, was wir wollen, was sich ändern soll.

McKenzie: Das ist ganz interessant, dass du das erwähnst, Greta. Diese...-, die in den letzten paar Monaten, die diese Gemälde, die beschossen werden, mit verschiedenen Sachen, mit Essen und mit allen möglichen Sachen. Die Frage, ist ja da oft; ist das richtig und ist das eine produktive Art, das zu protestieren? Das ist, glaube ich, die falsche Frage. Die Tatsache ist ja, dass wir uns darüber unterhalten und auch, dass Menschen, die mit Klimarecht und mit dem Klimawandel selbst im alltäglichen Leben vielleicht nicht unbedingt am Hut haben, die unterhalten sich da auch drüber. Das heißt also, es ist produktiv. [lacht] Das bringt das Thema wieder in den Mittelpunkt und es ist in den Nachrichten und man hört es und egal, was man davon denkt, man spricht drüber.

Und das ist ja das Ziel, dieses Auftreten, dieses sich selbst, um seine Person auf die Straße zu stellen und zu sagen, nee, ich mach da nicht mit. Das ist unheimlich wichtig und das bringt

auch sehr viel. Und das sieht man ja bei Fridays for Future. Das kennt man ja auch überall jetzt. Das ist nicht nur in einem Land und es ist nicht nur eine Person, sondern Fridays for Future gibt es mittlerweile in jedem Land. Und das sind junge Menschen, die auf die Straße gehen und sagen, nein, meine Zukunft ist hier nicht garantiert und es muss sich was ändern.

Schön: Wir haben in einer anderen Podcast-Folge darüber gesprochen, dass Gesetzestexte, auch wenn sie eigentlich den Anspruch haben, neutral zu sein, eigentlich nie vollkommen neutral sein können, weil Recht immer auch eine Perspektive auf die Welt vermittelt. Und ich habe mich gefragt, wie schaut eigentlich das Recht in Deutschland auf die Natur? Ist die Natur total schutzbedürftig? Ist Natur eher eine Art von Ressource? Und wenn ja, dann für wen? Oder ist sie eine Art von Eigentum?

Reeh: Das ist eine super spannende Frage und das stimmt natürlich total, also dass man in Deutschland zum Beispiel sehr sieht, dass so Formulierungen, also warum jemand zum Beispiel ein Recht auf den Erhalt seiner Natur hat, sei es in der Verfassung, auch in unseren Landesverfassungen, dass die immer so formuliert sind, dass es ganz klar um Ressourcen geht. Also, dass ich das Land nutzen kann, um es irgendwie auszubeuten, also ich meine jetzt nicht im negativen Sinne, sondern eben die Ressourcen nutzen kann.

Und wir sehen also jetzt eher Umweltklagen, also Klimaklagen, vor allem im menschenrechtlichen Bereich, schon seit den 80ern, Trends, die dagegenwirken, die eigentlich immer mit indigenen Völkern zu tun haben. Also mit Minderheiten in einzelnen Staaten, die eben sagen, wir leben ganz anders, wir brauchen hier keine industrielle Nutzung unseres Flusses, wir haben kulturelle Rechte, dass unsere ursprünglichen Lebensweisen bewahrt werden. Und das bedeutet eben auch, dass wir daraus ein Recht haben, zum Beispiel, dass die Artenvielfalt der Fische in dem Fluss erhalten bleibt. Und daraus entwickeln sich dann auch in diesen Staaten, in denen es solche Verfahren gab, einfach Änderungen der Rechtsordnungen, weil plötzlich alle sehen, ja, stimmt, wir brauchen den Fluss eigentlich alle. Und wir müssten da mit einem ganz anderen Auge darauf blicken. Das ist in Deutschland noch nicht so besonders fortgeschritten, obwohl wir da durchaus auch, also von der Bevölkerung her, auf jeden Fall die Mittel hätten.

McKenzie: Ganz spannende Frage. Weil also diese Rechte der Natur, das fing ursprünglich in Neuseeland an. Und zwar da ist durch die indigene Bevölkerung in Neuseeland, da fing es mit einem Fluss an. Mittlerweile gibt es doch relativ viele, würde ich mal sagen, Fälle auch gerade in Südamerika, wo verschiedene Teile der Natur eigene Rechte bekommen haben, jetzt auch durch verschiedene Gerichtsverfahren. Ein Fluss, ein Urwald, eine Weide auf einem Berg, das gibt es hier in Deutschland auch noch nicht. Aber gut, es gab es auch in Neuseeland und in verschiedenen südamerikanischen Ländern auch nicht, bevor sie dann auch gab.

Ja, also irgendjemand muss ja damit anfangen. Und so wie das, wie das dann weitergeht, also wenn ein Teil der Natur die eigenen Rechte dann hat, dann können Menschen für die Natur diese Rechte auch einklagen und können auch vor Gericht gehen.

Schön: Das ist spannend. Ich muss jetzt gerade nämlich an die große Klimaklage von 2021 denken, die auch öffentlich total breit diskutiert wurde. Dabei ging es ja nicht darum, dass die Rechte der Natur eingeklagt wurden, sondern das Recht zukünftiger Generationen oder beziehungsweise die Rechte zukünftiger Generationen. Wenn die Natur jetzt aber eigene

Rechte bekäme, die auch wirklich eingeklagt werden könnten, dann wäre das ja nun ganz anderer Rechtsvorgang, oder?

Reeh: Ich hatte ja vorhin schon ein bisschen zur Geschichte von Artikel 20a erzählt, dass man damals wirklich überlegt hat, machen wir das einfach so, dass wir sagen, jeder hat das Recht auf eine saubere Umwelt. Dann wäre das auch immer noch nicht so wie der Umwelt quasi eine eigene Subjektivität einzuräumen und zu sagen, ich gehe jetzt als Anwältin der Umwelt vor Gericht und kümmerge mich für die Umwelt um die Umwelt. Dann wäre es trotzdem noch so, dass ich das subjektive Recht auf eine saubere Umwelt habe. Jetzt sind wir noch mal einen Schritt weiter raus quasi und müssen sagen, es gibt ein Staatsziel, die Umwelt zu schützen und es gibt Freiheitsrechte des Einzelnen, wie ich mein Leben ausgestalten kann, wenn ich in Deutschland lebe, auf welche Grundrechte ich dann zurückgreifen kann. Und wenn ich eben weiß, dass der Staat sich selbst dieses Ziel gesetzt hat, aus dem sich dann zum Beispiel ergibt, dass wir ganz massiv Treibhausgase reduzieren müssen, dann schränkt das langfristig meine Freiheit total ein, weil ich dann zum Beispiel nicht mehr den Beruf aussuchen kann, den ich möchte oder weil ich weiß, dass ich andere Dinge im Staat radikal ändern werden, die meine Freiheit einschränken. Und nur darüber konnte in diesem Fall vor dem Bundesverfassungsgericht eben argumentiert werden. Was sich dann aus dem Freiheitsrecht in Verbindung mit Artikel 20a ergibt, dass ich massiv eingeschränkt würde.

McKenzie: Und wenn es um Rechte der Natur geht, wäre das dann zum Beispiel der Fall, sagen wir mal, einen Wald hat ein also, der...- Ein Gericht gibt, einem Wald die eigene Rechte und es kommt dann jemand und versucht, ein Teil von diesem Wald abzuholzen. Dann könnte der Wald klagen, dass die Freiheit oder die Rechte von diesem Wald eingeschränkt wurden, das ist, das ist dann der Unterschied.

Schön: Wir haben jetzt gerade eben schon über Engagement für die Natur und Engagement für Klimaschutz gesprochen. Und dabei ist auch Fridays for Futures gefallen. Also junge Menschen, die echt jede Woche auf die Straße gegangen sind oder auch Aktivist:innen der Letzten Generation, die sich an Straßen festkleben. Klimaproteste sind in letzter Zeit sehr oft in den Medien zu sehen und häufen sich auch und damit beschäftigen sich nicht nur Klimarechtler:innen, sondern inzwischen auch Strafrechtler:innen. Wie hat sich das Thema im Laufe der Zeit entwickelt?

Reeh: Ich fange mal wieder aus der deutschen Perspektive an. Es gibt viele Dinge, die Anfang der 80er Jahre strafrechtlich nicht so klar waren, die aber seitdem besonders durch unser Verfassungsrecht sehr ausdefiniert wurden. Also das betrifft zum einen Verfassungssprechung zum Versammlungsrecht, also die viel dazu sagt, was zum Beispiel Gewaltfreiheit bedeutet und ab wann eine Versammlung noch als gewaltfrei anzusehen ist, auch, wenn ein Einzelner gewalttätig wird, zum Beispiel und ab wann eine Versammlung zu verbieten ist, weil einzelne sich, sag ich mal, daneben benehmen, ganz grob. Also da haben wir wirklich 40 Jahre lang Rechtsprechung entwickelt, die auch ganz solide ist. Und das hat natürlich wahn-sinnige Auswirkungen auf Strafverfahren, die sich dann danach anschließen. Und vor allem hat es Auswirkungen darauf, dass wir jetzt zum Beispiel von bayerischen Politiker:innen, Einzelnen, fordert man, am besten schon präventiv Leute einsperren sollte, die auch nur planen, sich an einer Klimademo zu beteiligen. Also da ist unser Versammlungsrecht dann doch stark genug, dass es zu sowas überhaupt nicht kommen kann, rechtlich. Trotzdem sind die

Einwürfe genau die gleichen wie in den Achtzigern und wie in jeder Zeit dazwischen. Also die Ideen, die Zwischenrufe, zu sagen, das ist doch alles Nötigung. Oder das gehört aus diesem und jenem Grund verboten. Also das haben wir alles schon oft gehört. [schmunzelt]

McKenzie: [lacht] Und außerhalb von Deutschland wird das Strafrecht tatsächlich in manchen Ländern dazu verwendet, um Klimaaktivisten davon abzuhalten, ja, ihre Stimme hören zu lassen. Ganz einfach.

Schön: Wenn wir jetzt schon in den 80ern sind, dann lasst uns doch gemeinsam wirklich eine Zeitreise machen und überlegen irgendwie, was in den 80er Jahren alles an Engagement für die Umwelt passiert ist. Also ich denke da gerade, so wie du gesagt hast, an die Anti-Atomkraft-Bewegung. Aber es gab auch viele Proteste gegen das Waldsterben und es gab auch Proteste gegen Atomendlager. Und dann passierte die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Braucht es Katastrophen, damit das Recht auf einen sich wandelnden gesellschaftlichen Zeitgeist reagiert?

McKenzie: Mhm, also scheinbar schon. Also wir wissen ja seit den 60er, 70er Jahren, dass der Klimawandel kommt [lacht] und haben auch '92 angefangen, das im internationalen Recht festzuhalten. Und jetzt sind wir in 2023 und jetzt wird es kritisch und jetzt passiert endlich ein bisschen was. Also es scheint schon so, dass die Menschheit Katastrophen braucht, um zu handeln. Leider.

Reeh: Und vielleicht noch mal ergänzend. Ich hatte ja auch am Anfang gesagt, das Recht ist schon was, was sehr solide gemacht ist und eben keinem Trend so einfach ausgesetzt ist. Das ist auch, ich glaube, dem Grunde nach, gut so, dass wir nicht ständig unsere Rechtsordnung über den Haufen werfen, weil sich gerade, sei es moralisch sei, aus anderen Gründen, irgendwelche Trends abzeichnen. Allerdings gerade bei so massiven Änderungen, wie sie der Klimaschutz erfordert, bei so massiven Umdenken in der gesamten Gesellschaft, glaube ich auch, dass es solche massiven Crashes braucht, damit tatsächlich was passiert. Also zunächst mal ist, glaube ich, es so, dass das, was wir an Grundstrukturen für den Klimaschutz geschaffen haben, mit diesem Klimaschutzgesetz, mit der Verankerung im Verfassungsrecht, sehe ich nicht, dass man das über den Haufen werfen muss, um überhaupt irgendwo anzukommen. Es wird aber momentan bei weitem nicht ernst genug genommen und wir haben in Deutschland zum Beispiel die Besonderheit, wir sind 16 Staaten, wir sind nicht nur einer. Und solange wir in den wenigsten Bundesländern eigene Klimaschutzgesetze haben und in den wenigsten Bundesländern auch das Verständnis, dass das auch an die Kommunen weitergegeben werden muss und dass wir da alle an einem Strang ziehen müssen, reicht ein Bundesklimaschutzgesetz einfach bei weitem nicht aus. Und dann kommt natürlich noch da hinzu, dass das Klimaschutzgesetz im Moment nicht eingehalten wird. Also es reicht eben nicht, dass ich mir Zahlen für den Verkehrssektor zum Beispiel in ein Gesetz schreibe. Wenn ich dann aber so handle, dass absehbar ist, dass ich nur dieses Jahr die Zahlen nicht erreichen, sondern auch nicht die nächsten drei Jahre, dann bringt eben Zahlenaufschreiben nix.

McKenzie: Es ist oft ein weiter Weg zwischen Gesetz schreiben und Gesetz tatsächlich auch einhalten.

Schön: Aber die Frage, die sich mir als Laie da stellt, ist, wer sorgt denn dann dafür?

McKenzie: Ja, also wir alle, Fridays for Future, Aktivisten, Institute, die forschen und die sehr viel sich mit dem Klimaschutz auseinandersetzen, das gehört alles dazu. Aber ja, man muss agieren.

Und jetzt nochmal zu Gerechtigkeit, also ein Problem ist ja auch noch das, egal ob jetzt hier in Deutschland das Gesetz tatsächlich eingehalten wird, man kann sich immer noch streiten, ob es weit genug geht oder nicht, aber eine Sache, was die Gerechtigkeit, besonders die Klimagerechtigkeit angeht, im globalen Rahmen, müssten ja eigentlich die Industrieländer, und Deutschland gehört natürlich dazu, nochmal ein bisschen mehr machen. Jedes Land macht so seinen Teil und wir kommen dann alle zusammen irgendwie hoffentlich unter die 1,5 Temperaturerhöhung, was wir wahrscheinlich gar nicht mehr schaffen. Aber zur Gerechtigkeit gehört ja dazu, dass die Industrieländer eben noch ein bisschen mehr draufschlagen. Also wir müssen noch mehr machen. Und da ist ja jetzt ganz konkret auch besonders hier in Deutschland und in anderen Industrieländern die Frage. Wenn wir jetzt nur nach Deutschland schauen, dann haben wir vielleicht hier im Land, ist es vom Klimagesetz vielleicht genug, aber wenn man sich global die Gerechtigkeit anschaut, dann geht es nicht weit genug.

Schön: Vielleicht hilft es ja dann, wenn wir nicht nur in Lateinamerika und Neuseeland endlich subjektive Rechte für die Natur haben, sondern die auch bald in der EU ihren Einzug halten. So wie bei dem ersten Pilotprojekt in Spanien. Wir verlinken euch das gerne in den Shownotes.

Ich danke euch, liebe Kate und liebe Greta, sehr für das Gespräch und ich danke euch auch für die Einordnung und das Verständnis, was Klimarecht und Klimagerechtigkeit aus juristischer Perspektive eigentlich bedeutet. Vielen, vielen Dank!

Reeh: Danke dir!

McKenzie: Danke auch!

[kurzer Jingle ertönt und ebbt ab]

Abmoderation & Credits

Schön: Kate hatte im Interview erwähnt, dass aktuelle Klimaklagen in Deutschland ganz verschiedene Gründe und rechtliche Ausgangslagen haben können. Das liegt übrigens auch daran, dass das Umweltrecht in Deutschland über viele Einzelgesetze auf unterschiedliche Bereiche verstreut ist. Vom Bundesnaturschutzgesetz zum Tierschutzgesetz, dem Bundesbodenschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz *[Stimme verzehrt und Aufzählung wird vorgespult]* und so weiter.

In diesem Dschungel an Einzelgesetzen durchzusteiern ist gar nicht so leicht. Vielleicht wäre es da ja doch besser, der Natur einfach eigene subjektive Rechte zu geben. Wie seht ihr das? Schreibt es uns in die Kommentare bei Insta oder hinterlasst uns eine Nachricht per Mail oder auf dem Social-Media-Kanal eurer Wahl.

Und wenn ihr jetzt Lust bekommen habt, euch vielleicht auch zu engagieren oder mehr zum Thema Klimarechte zu erfahren - wir haben euch in den Shownotes, Bücher, Filme und Links dazu zusammengestellt. Unter anderem auch einen Artikel zu Ökosystemen in Europa, die schon eigene subjektive Rechte bekommen haben, z.B. eine Lagune in Spanien.

[Einsatz Upbeat Podcast-Outro im Hintergrund]

Schön: Das war es aber erst mal heute mit „Justice, Baby! - dem Podcast zu Recht und Gerechtigkeit“. Wenn es euch gefallen hat, dann lasst ein paar Herzen da und abonniert unseren Podcast, damit ihr die nächste Folge auf gar keinen Fall verpasst. Wir freuen uns über eure Anregungen und auch über euer Feedback. Mein Name ist Kathrin Schön, ich verabschiede mich mit einem großen Dank an mein Team und freue mich, wenn ihr das nächste Mal wieder mit dabei seid. Bis bald.

„Justice, Baby!“ ist ein Podcast der Stiftung Forum Recht.

Redaktion: Andrea Wojtkowiak, Vanessa Mittmann und ich, Kathrin Schön

Juristische Beratung: Karolina Hanisch und Fraence Grethe

Produktion: Stephan Wiesner und Anna Kunzmann von L'agence

Geburtshelferin für diesen Podcast Sue Holder.

[Outro blendet aus]

Transkript: Felicia Stahnke